

Wirtschaftsdienst

Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

Nr. 52

Hamburg, den 28. Dezember

1917

Inhalt

Wirtschaftsfreiheit	Seite 993	Aluminium	Seite 1006
Deutschlands Interesse an der russischen Landwirtschaft	„ 994	Vermischtes:	
Schweden	„ 996	Anglo-amerikanische Getreidepreisorgen	„ 1011
Vereinigte Staaten	„ 1000	Bedenkliche Auslegung amerikanischer Steuergesetze	„ 1012
Die Gründertätigkeit in Rußland	„ 1005	Internationale Wechselkurse	„ 1012

Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet

Wirtschaftsfreiheit

In allen kriegsführenden Ländern schwillt der Ruf nach Wirtschaftsfreiheit an. Wer die wirtschaftspolitische Literatur, vor allem die deutsche und englische, zu beobachten pflegt, findet in wachsender Stärke, je länger der Krieg dauert und die Ausdehnung der Kriegswirtschaft nach sich zieht, hier wie dort die gleichen Klagen und Forderungen, Besorgnisse und Proteste: Die staatliche Bürokratie hat versagt. Höchstpreise vertreiben die Ware vom Markt. Beschlagnahme läßt sie verderben. Einheitliche Verteilung führe zu unwirtschaftlichen Transporten. Der Handel wird nicht gehört. Die staatlichen Anstalten arbeiten mit unverhältnismäßigen Betriebskosten. Die Initiative, die Verantwortlichkeit, der Sachverstand des Kaufmanns wird ausgeschaltet. Nimmt man ihn aber in eine staatliche Anstalt auf, so erweist er sich bald als bürokratischer als die verküchertsten Beamten. Unregelmäßigkeiten und Schiebungen können bei einem so großen, ungleichmäßig zusammengesetzten Heer von Beamten und Helfern nicht ausbleiben. Der Schleichhandel blüht und potenziert die Schäden, die das Gewährenlassen des legitimen Handels angeblich zur Folge haben soll.

Man kann die gleichen Argumente täglich auf deutsch und auf englisch, bittend, beschwörend, höhnen, pathetisch oder ironisch anklagend vorgebracht hören. Sie übertreiben, aber sie irren jedenfalls darin nicht, daß der Ausbau der Kriegswirtschaft die Volkswirtschaft in Gefahren verstrickt hat, von denen nur wenige sich in ihren Anfängen eine Vorstellung gemacht haben. Man hat Maßnahme nach Maßnahme getroffen, ohne sich die Logik klar zu machen, die einer solchen Folge von Maßnahmen innewohnt. Man war auch viel zu sehr davon überzeugt, daß die Grundlage unserer Wirtschaftsverfassung auch durch einen Krieg nicht wesentlich verändert werden könnten, um sich gegen die Gefahr eines Umsturzes von Grund auf zu sichern. Wer vor drei Jahren sah und aussprach, daß eine Wirtschaftsrevolution von unabsehbaren Folgen begonnen habe, daß die staatssozialistische Tendenz eine bisher für undenkbar gehaltene Verstärkung erfahren werde, und daß es sich als nötig erweisen werde, bei Zeiten dem neuen System die individualistischen Sicherungen einzubauen, die allein gegen den Schematismus und die Starrheit eines solchen Systems schützen könnten — wurde von einigen als sanfter Schwärmer oder als jakobinischer

Fanatiker angesehen, von anderen darüber belehrt, daß die angeblichen Gefahren in Wirklichkeit nichts als friedliche Windmühlensflügel seien. Als man ihre Bedrohlichkeit erkannt hatte, war längst keine Umwendung mehr möglich, wenigstens so lange die Umstände andauerten, die jene Maßnahmen bedingt hatten und durch sie wiederum bedingt worden sind.

Diese Verhältnisse liegen in Deutschland und England durchaus ähnlich. Fragt man dagegen, was an die Stelle der Kriegswirtschaft gesetzt werden soll, so weichen die führenden Tagesstimmen in den zwei Ländern erheblich von einander ab. In Deutschland wird fast ohne Ausnahme die unbedingte Rückkehr zum alten individualistischen freien Spiel der Kräfte gefordert. Nicht nur, daß der Handel an seiner alten Stelle wieder eingeschaltet werden soll: es soll auch das Maß organisatorischer Neubildungen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Das Wirtschaftssystem von 1913 habe sich durchaus bewährt. Für den Kriegsfall müßten einige geringfügige Garantien in Form von Reservebildungen und ähnlichen hinzukommen. Auch sei es nicht ausgeschlossen, einige Ersatzstoffe und neue Produktionsverfahren aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu übernehmen. Im übrigen aber brauche man von jener nichts zu lernen als die Scheu vor allen bürokratischen Eingriffen in das Wirtschaftsleben.

Anders in England. Auch eine so besonnen arbeitende Zeitschrift wie der Londoner Economist, der noch immer als Sprachrohr, wenn nicht der Masse, so doch der besseren Köpfe der Londoner City gelten kann, prägt seinen Lesern immer wieder ein, der Abbau der Kriegswirtschaft könne für England nicht Rückkehr zur alten Friedenswirtschaft schlechthin bedeuten. Die bürokratische Regulierung des Wirtschaftsmechanismus sei ein Greuel. Wenn aber schon unter diesem höchst unvollkommenen System so große Erfolge erzielt werden konnten, die unter der atomistischen Wirtschaftsordnung niemals erzielt worden wären: um wie viel größere Fortschritte könne die englische Volkswirtschaft machen, wenn die Unternehmer selbst, befreit von behördlicher Bevormundung und Vielregiererei, die Arbeit des Organisierens in die Hand nähmen. Die Zeit sei in der Tat vorüber, wo der einzelne allein über den Umfang und die Methoden seines Geschäfts bestimmen durfte. Die Gesamtheit

hat ein Interesse daran, daß die Rentabilität jedes einzelnen Betriebs aufs höchste gesteigert wird. Sie muß es fordern, weil sonst die Stoßkraft der englischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt leidet, und weil sowohl die Knappheit an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Arbeitskräften wie die Bürde der Kriegsanleihezinsen zu äußerster Ökonomie und Anspannung aller Kräfte drängt. Es hat sich aber gezeigt, so argumentiert man weiter, daß die unbeschränkte freie Konkurrenz die höchste Steigerung der nationalwirtschaftlichen Produktivität nicht überall mit Sicherheit gewährleistet. Durch geordnete Zusammenfassung von bisher widerstrebenden Kräften, durch Ausschaltung von unnötigen Reibungen, vor allem zwischen Kapital und Arbeit, durch planmäßiges Vorgehen auf den Auslandsmärkten können die nationalen Produktionskosten verringert und die Erträge der englischen Volkswirtschaft gesteigert werden. Eine neue Epoche der Wirtschaftspolitik beginnt: nicht die des Staatssozialismus — der ist für Westeuropa, für dieses Jahrhundert zum mindesten, erledigt — sondern die der organisierten Wirtschaftsfreiheit.

Überschätzen wir die Tragweite dieser englischen Stimmen? Man könnte einwerfen, die britische Volkswirtschaft habe so weit hinter der deutschen zurückgestanden, daß es sich für sie jetzt nur darum handele, den organisatorischen Vorsprung einzuholen, den Deutschland schon vor dem Kriege erreicht hatte; es gäbe also für uns nicht viel daran zu lernen. Dieser Einwand ist indessen hinfällig. Jene organisatorischen Neuerungen gehen weit über den Bereich unserer früheren Kartell- und Syndikatswirtschaft hinaus. Wir werden sie also sehr genau beobachten müssen. Sie verändern die wirtschaftliche Angriffs- und Abwehrkraft unseres wichtigsten Wettbewerbers auf dem Weltmarkt. Sie sollten uns aber auch bei der Neuregelung der eigenen Volkswirtschaft zu denken geben.

Man ruft nach Wirtschaftsfreiheit, und mit Recht. Man sollte sich aber dabei stets bewußt bleiben, daß wirtschaftliche Freiheit nirgends unbedingt sein kann. In welchem Maß sie

gewährt werden darf, darüber entscheidet auf dem ökonomischen Gebiet selbst, das Maß von Produktivität, das sie gewährleistet. Der Staat hat sich vor dem Kriege um die Hebung der nationalwirtschaftlichen Rentabilität wenig bekümmert. Er hat diese und jene Maßnahme zur Förderung des Wirtschaftslebens im allgemeinen oder zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige getroffen; aber er hat sich nur selten in den Prozeß der Organisierung eingemischt. Die Vorbereitungen zur Übergangswirtschaft und zur Reichsfinanzreform zeigen, daß er in Zukunft nicht umhin können wird, seine Politik zu ändern. Wenn das Wirtschaftsleben nicht unter der Last überhoher Einkommen-, Verkehrs- und Konsumsteuern erliegen soll, wird der Staat für die Erhöhung der Reinerträge der Nationalwirtschaft sorgen müssen. Der Mangel an allen notwendigen Gütern und Arbeitskräften wirkt in der gleichen Richtung. Wenn vor dem Kriege der Staat gelassen dulden konnte, daß große Mittel durch Überkapitalisierung einzelner Industriezweige vergeudet wurden, und daß man durch Übersteigerung der Konkurrenz Maschinen und Frachtraum, Arbeitskräfte und Rohstoffe unwirtschaftlich verwendete, so wird ihm diese Gelassenheit künftig verjagt sein. An dem deutschen Unternehmer aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Organisation nicht in die wohlmeinenden, aber meist etwas läppischen Hände des Staats gelegt werde, sondern bei den Führern der wirtschaftlichen Entwicklung selbst verbleibe. Diese Arbeit ist unendlich mühevoll. Sie fordert Kühnheit und Entschlossenheit, Vorausschau und tiefen Instinkt. Aber sie muß geleistet werden. Es gilt, die Wirtschaft zugleich von der Schalla der bürokratischen Erstarrung und der Charhdbis der anarchischen Richtungslosigkeit fernzuhalten.

Das ist eine Aufgabe, die nur von Männern erfüllt werden kann, die den Sinn für die ewigen Triebkräfte des handelnden Menschen mit dem Wissen von dem, was die Stunde fordert, schöpferisch zu verbinden verstehen. Werden diese Führer ihre Gefolgschaft finden?
Dr. Kurt M. Singer

Deutschlands Interesse an der russischen Landwirtschaft

Die dauernde Bedeutung der jetzt nach Abschluß des Waffenstillstandes und nach der vorgeschlagenen Wiederaufnahme des Post- und Handelsverkehrs in den Interessenzkreis der deutschen Volkswirtschaft wieder einbezogenen russischen Volkswirtschaft, in erster Linie der russischen Landwirtschaft, für den deutschen Einfuhr- und Außenhandel kann aus der Tatsache erschlossen werden, daß Rußland 1912/13 bei unserer Einfuhr mit 14 % des Wertes an zweiter Stelle (nach den Vereinigten Staaten, auf die 15 % entfielen) stand (in den Jahren 1909/11 sogar mit über 16 % an erster Stelle, während auf die Vereinigten Staaten nur 14 % entfielen), und daß es in unserem Ausfuhrhandel mit steigendem Prozentsatz — 1913 mit 9 % — an dritter Stelle nach Großbritannien und Österreich-Ungarn stand. Wie steigungsfähig die Ergiebigkeit der russischen Landwirtschaft und damit die Kaufkraft der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung für ausländische Waren ist, möge folgender Vergleich der Erträge des deutschen und des gewiß keineswegs von Natur schlechteren russischen Bodens zeigen:

Im Durchschnitt der Jahre 1910/13 wurden auf dem Hektar durchschnittlich geerntet (in dz):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Deutschland	21,7	18,1	20,6	19,4	136,1
Rußland	7,0	8,0	8,7	8,2	76,6

Ertragsverhältnis Rußlands zu Deutschlands wie 100 zu	310	226	237	237	178
---	-----	-----	-----	-----	-----

Welchen Einfluß es auf die russische landwirtschaftliche Produktion haben würde, wenn sie in diesem Verhältnis gesteigert würde, — was natürlich nicht von einem Jahre auf das andere zu erwarten ist — zeigt ein Blick auf die russische Produktionsstatistik¹⁾:

Erzeugung im Durchschnitt 1909/13 (1. Aug. bis 31. Juli) (in 1000 Tonnen):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Summe
Rußland europ.	18 057,6	22 538,8	10 184,9	14 241,1	1 783,7	66 806,1
Sibirien	4 224,5	869,9	801,8	1 563,1	402,3	7 860,8

Rußland überhaupt . 22 282,0 23 408,7 10 986,0 15 804,2 2 186,0 74 666,9

In dem allerdings heute noch utopischen Fall, daß es gelingt, die russischen Erträge auf die Höhe der deutschen zu heben, würde sich die russische Gesamtgetreideernte von 75 auf 190 Mill. Tonnen heben, also auf über das 2 1/2fache. Bei bisherigen Hektarerträgen konnte Rußland von einer Getreideernte von 75 Mill. Tonnen noch keine 11 Mill. Tonnen ausführen. Bei Hektarerträgen in Höhe von 190 Mill. Tonnen hätte es selbst bei verdoppeltem Inlandskonsum (bisher 64 Mill. Tonnen) zur Ausfuhr verfügbar gehabt noch immer 62 Mill. Tonnen. Es braucht kaum hinzugefügt werden, daß man im Laufe der nächsten Zukunft allerdings mit sehr viel geringeren Zahlen wird rechnen müssen.

¹⁾ Landwirtschaftlicher statistischer Atlas von Dr. E. Lange 1917, der die Zahlen nach dem Intern. landwirtschaftl. Institut in Rom zusammengestellt hat.